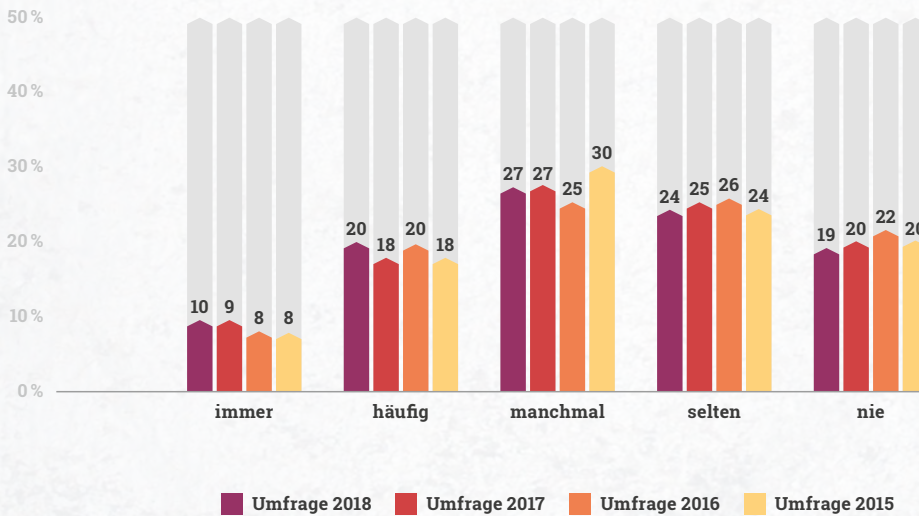


„Ich habe Probleme, mich nach der Ausbildung in meiner Freizeit zu erholen“



Auszubildende besser schützen!

Gewerkschaftsjugend fordert unabhängige Beschwerdestellen

Der Ausbildungsreport 2018 bestätigt die Notwendigkeit einer niedrigschwelligen und unabhängigen Beschwerdestelle für Auszubildende bei auftretenden Problemen im Betrieb.

Der im Berliner Koalitionsvertrag festgeschriebene Prüfauftrag für eine unabhängige Beschwerdestelle muss nun schnell umgesetzt werden. Die sich in 2019 in Brandenburg neu konstituierende Landesregierung sollte ebenfalls die Implementierung einer solchen Beschwerdestelle forcieren. Ähnliche Projekte wie das Azubi-Beratungsbüro in München zeigen, dass eine nachhaltige Begleitung und Beratung der Auszubildenden mit Problemen in ihrem Betrieb, Ausbildungsabbrüche verhindern kann.

Fehlender Ausbildungsplan und zu viele ausbildungsfremde Tätigkeiten

Fast jedem_jeder dritten Befragten liegt kein Ausbildungsplan für den betrieblichen Teil der Ausbildung vor. Von den Auszubildenden, denen ein betrieblicher Ausbildungsplan vorliegt bemängeln 36 %, ihren betrieblichen Ausbildungsplan nur „etwas“ oder „überhaupt nicht“ zu kennen. Hinzu kommt, dass jede_r Achte von denen, die den Ausbildungsplan „sehr gut“ oder „gut“ kennen, auch angibt,

dass der Ausbildungsplan nur „manchmal“, „selten“ oder gar „nie“ eingehalten wird. Ein weiteres Problem ist die Übernahme von ausbildungsfremden Tätigkeiten: In unserer Befragung sagen 69 % der Azubis, dass sie „selten“, „manchmal“ bzw. sogar „häufig“ oder gar „immer“ ausbildungsfremde Tätigkeiten verrichten müssen. Nur 31 % müssen das „nie“ tun. Es gibt keinen Beruf, in dem das nicht vorkommt! Dabei sind ausbildungsfremde Tätigkeiten laut § 14 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz (BBiG) eigentlich gar nicht zulässig.

Zu viele Überstunden und Probleme, sich in der Freizeit zu erholen

Die gesetzlich bzw. tariflich geregelte Wochenarbeitszeit muss ausreichen, einem Auszubildenden die Ausbildungsinhalte zu vermitteln, weshalb Überstunden eigentlich gar nicht anfallen dürften. Doch ein Drittel der befragten Azubis (33 %) leisten regelmäßig Überstunden. Auch auf diesen desolaten Zustand weisen wir seit Jahren hin. Leider hat sich die Situation seit dem letzten Jahr noch einmal verschlechtert.

Angesichts der zeitlichen Belastungen (z. B. durch Überstunden) ist es nicht überraschend, dass nur weniger als die Hälfte der Befragten, sich nach der Ausbildung in der Freizeit gut

erholen kann. 43 % haben „selten“ oder „nie“ Probleme damit. Allerdings sagt mehr als ein Viertel, dass sie „immer“ oder zumindest „häufig“ Probleme haben, sich zu erholen. Im Vergleich zu den Vorjahren fällt es in der Tendenz immer mehr Auszubildenden schwer, sich in der Freizeit richtig zu erholen (der Anteil der Aussagen „immer“ und „häufig“ ist von 24 % im Jahr 2014 auf 29 % im Jahr 2018 gestiegen).

Flexibilisierungsdruck, ständige Erreichbarkeit und Schichtarbeit

Der diesjährige Themenschwerpunkt zur Arbeitszeit in der Ausbildung zeigt: Viele junge Menschen sind schon in der Ausbildung von Flexibilisierungsdruck, ständiger Erreichbarkeit und regelmäßiger Schichtarbeit betroffen. Von den befragten Azubis müssen 40 % regelmäßige Schichtarbeit leisten und für weitere 12 % ist dies manchmal der Fall. Fast jeder_jede Zweite muss – sofern sie angesammelt werden – Minusstunden nacharbeiten, obwohl das laut Berufsbildungsgesetz ebenfalls nicht zulässig ist. Darüber hinaus gibt jede_r Vierte an, dass er_sie „häufig“ oder „immer“ außerhalb der Ausbildungszeit mobil erreichbar sein muss, bei denen nur 6 % der Auszubildenden die Zeit auf die Ausbildungszeit angerechnet wird.

Gesetzliche Regelungen flächendeckend einhalten!

Deshalb fordern wir, dass aktiv gegen Verstöße und die Nichteinhaltung gesetzlicher Regelungen und Verordnungen vorgegangen wird. In gravierenden Fällen darf dabei auch nicht vor Sanktionen zurückgeschreckt werden.

Für eine nachhaltige Überprüfung sind regelmäßige Kontrollen der Betriebe notwendig. Wenn die zuständigen Stellen und die Kammern aufgrund ihrer Doppelfunktion dieser Aufgabe, die ihnen durch das Berufsbildungsgesetz zugeschrieben werden, nicht nachkommen können, sind unabhängige Stellen zu schaffen.

Fazit und Forderungen



Christin Richter
Bezirksjugendsekretärin des
DGB Berlin-Brandenburg

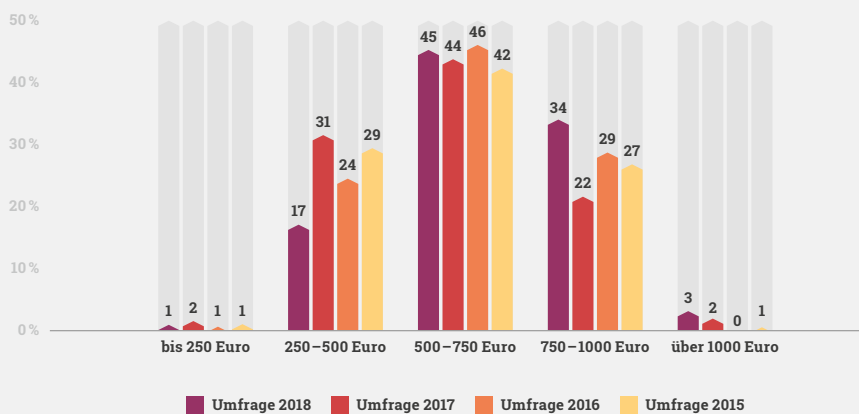
„Um die Qualität der dualen Berufsausbildung zu verbessern, benötigen wir unabhängige Beschwerdestellen für Auszubildende.“

Erneut lässt sich feststellen, dass keine Verbesserungen der Ausbildungsqualität eingetreten sind. Zum Teil hat sich die Situation für die Auszubildenden sogar verschlechtert. Insbesondere die von uns kritisierten Branchen sind daher gefordert, ihrer Verantwortung nachzukommen und zukunftsorientiert zu handeln: Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, ist die Schaffung von unbefristeten tarifierten Vollzeitstellen in diesen Branchen unabdingbar. Auch die Politik muss jetzt zügig handeln: Wir fordern nach wie vor die Entwicklung eines für Auszubildende leicht zugänglichen und niedrighschwelligem Beschwerdemanagements bei auftretenden Problemen im Betrieb. Die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung muss jetzt unverzüglich erfolgen!

Darüber hinaus setzen wir uns für eine bezahlte Freistellung des letzten Arbeitstags vor allen Prüfungen ein. Auszubildende müssen sich ausreichend für Zwischen- und/oder Abschlussprüfungen vorbereiten können. Sonst gefährdet das den Prüfungserfolg. Gerade für Auszubildende, die überwiegend im Schichtsystem ausgebildet werden, wie etwa im Hotel- und Gaststättenbereich, ist der Einsatz bis zum letzten Tag vor Prüfung eine erhebliche Belastung.

Wir werden diesen Verbesserungsprozess mit konstruktiven Lösungsvorschlägen begleiten, die Betriebe und politischen Entscheidungsträger_innen auf diese Mängel ansprechen und die nötigen Verbesserungen mit Nachdruck einfordern. Die jungen Menschen haben mit uns eine starke Stimme zur Vertretung ihrer Interessen!

Angaben zur Höhe der Ausbildungsvergütung (brutto)



Mindestausbildungsvergütung – Azubis sind keine billigen Arbeitskräfte, sondern unsere Fachkräfte von morgen!



Die Mindestausbildungsvergütung gesetzlich zu verankern ist ein längst überfälliger Schritt, um einzelne Ausbildungsberufe in bestimmten Branchen attraktiver zu machen.

Die Stärkung des dualen Systems insgesamt wird nur mit einer qualitativ hochwertigen Ausbildung gelingen. Dazu gehören für uns beste Ausbildungsbedingungen in der betrieblichen Ausbildung und in der Berufsschule. Darüber hinaus braucht es Rahmenbedingungen, die junge Menschen neben der Ausbildung ein selbstbestimmtes Leben führen lassen und eine starke Interessenvertretung, über die sie ihre eigene Lebenssituation mitbestimmen können.

Umso wichtiger, dass sich die Gewerkschaftsjugend auf der DGB-Bundesjugendkonferenz im November 2017 für die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung ausgesprochen hat. Die Notwendigkeit für eine Mindestausbildungsvergütung hatte die jungeNGG bereits 2013 deutlich gemacht. Denn auch in bestimmten NGG-Branchen zeigt sich: Für viele Auszubildende reicht die Vergütung nicht aus, um den Lebensunterhalt und die Kosten

der Ausbildung zu decken. Neben der Qualität in der Ausbildung müssen die Rahmenbedingungen stimmen, damit sich junge Menschen voll auf die Ausbildung konzentrieren können. Eine höhere Ausbildungsvergütung ist ein Instrument, um die Ausbildungsberufe einzelner Branchen attraktiver zu gestalten.

Deshalb fordern wir als Mindestausbildungsvergütung 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen. Das ergibt für das erste Ausbildungsjahr eine Mindestvergütung von zurzeit (2017) 635 Euro (zweites Ausbildungsjahr: 696 Euro; drittes Ausbildungsjahr: 768 Euro; viertes Ausbildungsjahr: 796 Euro). Des Weiteren soll die Mindestausbildungsvergütung jährlich angepasst werden. Die Große Koalition auf Bundesebene muss dieses Vorhaben aus ihrem Koalitionsvertrag schnellstmöglich umsetzen. Außerdem müssen die Hürden für die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen gesenkt werden. Die sinkende Tarifbindung ist eine große Gefahr für die Arbeitsbedingungen und die Lohnfindung und muss daher gestoppt werden.